

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Ute Koczy, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Winfried Hermann, Thilo Hoppe, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainer Steenblock, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 19./20. März 2009 in Brüssel und zum G-20-Gipfel am 2. April 2009 in London

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bilanz der EU-Energieaußenpolitik ist ernüchternd. Zwar haben sowohl die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 als auch die tschechische EU-Ratspräsidentschaft 2009 Energieaußenpolitik hoch auf die Tagesordnung gesetzt. Aber beiden ist es nicht gelungen, ein zukunftsfähiges Konzept vorzulegen. Die diesjährige Überprüfung des im März 2007 angenommenen „Aktionsplans für eine Energiepolitik für Europa“ und die „Zweite strategische Analyse der Energiepolitik“ auf dem Frühlingsgipfel der EU-Regierungschefs am 19./20. März 2009 ist die Gelegenheit, umzusteuern. Der Deutsche Bundestag setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass diese Gelegenheit genutzt wird.

Europäische Energieaußenpolitik wird immer noch reduziert auf Gasrohre, Ölpipelines und den Import von Uran in die EU. Gestritten wird darum, welche Pipelines von der EU subventioniert werden. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz finden in den Außenbeziehungen der EU kaum statt. Das greift viel zu kurz. Die EU muss dringend umsteuern.

Alles andere wäre fatal. Eine sichere Energieversorgung gibt es nicht für Deutschland oder die EU allein. Energie, Sicherheit und Gerechtigkeit bekommen wir nur, wenn wir auf der ganzen Welt zusammenarbeiten für eine Energiewende. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung – das sind die drei „E“ für eine Energiepolitik mit Zukunft. Ohne eine kohärente Energieaußenpolitik, untrennbar verbunden mit Klima-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik, werden wir die globalen Herausforderungen des Klimawandels und der Rohstoffkrise, weltweiter Armut und Ausgrenzung, des neuen Rüstungswettlaufs und weltweiter nuklearer Aufrüstung nicht bewältigen können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf dem Gipfel und im Anschluss

1. sich für eine umfassende Energieaußenpolitik der EU einzusetzen, die Energie in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, Außenwirtschafts-

- politik, Entwicklungspolitik, Menschenrechtspolitik sowie internationaler Klima- und Umweltpolitik integriert und bilaterale, regionale wie multilaterale Energiebeziehungen in den Dienst einer globalen Energiewende stellt – für Energie, Sicherheit, Gerechtigkeit;
2. sich für eine Revision der bilateralen und regionalen Energiezusammenarbeit der EU einzusetzen: für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung;
 3. dafür einzutreten, dass die EU vorangeht für durchsetzungskräftige Institutionen, die Liefer-, Transit- und Verbraucherländer an einen Tisch bringen: im Zuge der Reform der Vereinten Nationen, durch Umbau der Internationalen Energie-Agentur (IEA) und Weiterentwicklung der Europäischen Energiecharta;
 4. sich dafür einzusetzen, dass die EU den Aufbau der neuen Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) umfassend unterstützt;
 5. dafür einzutreten, dass die EU Schluss macht mit ihren anachronistischen Vereinbarungen über nukleare Zusammenarbeit, die unter dem Deckmantel der Energiesicherung zu massiver nuklearer Proliferation beitragen und so Frieden und Sicherheit gefährden;
 6. eine ökologische Energieaußenpolitik der EU einzufordern, deren Leitlinie ein konsequenter Klimaschutz ist, die durch die Ausrichtung auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung die Nachfrage senkt und so zu einem schonenden und nachhaltigen Umgang mit Ressourcen beiträgt;
 7. eine verantwortliche Energieaußenpolitik der EU aktiv mitzugestalten, die gegen den Ressourcenfluch kämpft und sich für Transparenz, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in den Exportländern einsetzt;
 8. in der EU dafür einzutreten, dass alle EU-Partner die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI) unterstützen.

Berlin, den 18. März 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Rohstoffkrise und Klimawandel, globale Ungerechtigkeit, weltweite Armut und Ausgrenzung, neuer Rüstungswettlauf und weltweite nukleare Aufrüstung zählen zu den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Um diese Herausforderungen angehen zu können, brauchen wir eine moderne Energieaußenpolitik, die Energie in alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik, Menschenrechtspolitik sowie internationale Klima- und Umweltpolitik integriert. Von einem solchen umfassenden Konzept ist die EU weit entfernt. Energieaußenpolitik wird reduziert auf Außenwirtschaftsförderung und die kurzfristige Absicherung von Importen. Ziel von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit anderen Staaten und Regionen ist in erster Linie die Sicherung von Öl-, Gas- und Uranimporten in die EU. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz spielen kaum eine Rolle, obwohl gerade da ein immenses Potenzial für Energiesicherheit ausgeschöpft werden könnte – nicht nur in Osteuropa.

Schlüssel für langfristige Energiesicherheit ist die Maxime „Weg vom Öl“, weg von fossilen Energiequellen – ohne neue nukleare Risiken zu schaffen. Billiges Öl und Gas werden immer mehr der Vergangenheit angehören und nur erneuerbare Energien werden langfristig bezahlbar sein. Darauf muss sich die EU rechtzeitig vorbereiten. Das passiert nicht. Statt Außenpolitik in den Dienst einer Energiewende zu stellen, hält die EU an alten Rezepten für fossile Energieträger und Atomkraft fest. Mit der einseitigen Ausrichtung ihrer Zentralasienstrategie auf Öl, Gas und Uran hat die Bundesregierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft 2007 diesen Weg in die Sackgasse mit befördert.

Mit ihrem vielfältigen Netz bilateraler und regionaler Zusammenarbeit hat die EU ein immenses Potenzial, um eine Energiewende konkret voranzutreiben. Die Bundesregierung muss eine politische Offensive in Brüssel starten, die alle Strukturen der EU für Energiezusammenarbeit mit anderen Staaten und Regionen in den Dienst einer Energiewende stellt: die Energiegemeinschaft Südosteuropa, die Europäische Nachbarschaftspolitik Ost (ENP Ost), die Union für das Mittelmeer (ENP Süd), der Energiedialog mit Russland, die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen sowie bilateralen Aktionspläne mit Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Moldau, die Schwarzmeerkoooperation, die EU-Baku-Initiative, die EU-Zentralasienstrategie, die Memoranda über Zusammenarbeit im Energiebereich mit Kasachstan und Turkmenistan, der hochrangige EU-OPEC-Dialog, die Euro-Mediterrane Energiezusammenarbeit, die Assoziationsabkommen und Aktionspläne mit Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, der Palästinensischen Autonomiebehörde und Tunesien, das Assoziationsabkommen mit Algerien und das Kooperationsabkommen mit Syrien, die strategische Partnerschaft und konkretisierte Energiepartnerschaft der EU und Afrika, die Ministerkonferenzen der EU, Lateinamerikas und der Karibik (LAK), die Zusammenarbeit der EU mit dem Karibischen Forum (CARIFORUM), der reguläre Dialog der EU mit Brasilien über Energiepolitik, die Zusammenarbeit mit China und Indien, die Kooperationsmechanismen der Zusammenarbeit der EU mit den USA.

Um politisches Engagement für eine weltweite Energiewende zu stärken, muss die EU Netzwerke wie REN21 (Renewable Energy Policy Network for the 21st Century) und REEEP (Renewable Energy & Energy Efficiency Partnership) stärker unterstützen. Die EU muss den Aufbau der neuen Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) umfassend unterstützen – politisch, personell und finanziell.

Globale Probleme können wir nur global lösen. Nur wenn wir die weltweiten Energiebedürfnisse mit im Blick haben, können wir unseren eigenen Lebensstandard sichern und weltweit die Armut durch Entwicklung bekämpfen. Die Vereinten Nationen (VN) spielen dabei eine zentrale Rolle. Weltweit engagieren sich die VN für die Energiewende. Diese Arbeit muss die EU stärker unterstützen. Die EU sollte neue Impulse dafür setzen, das VN-Umweltprogramm (UNEP) aufzuwerten zu einer Umweltorganisation (UNEO), die auch im Energiebereich Verantwortung übernimmt. Clubs von Industriestaaten oder Blöcke energiereicher Länder können nichts bewegen. Liefer-, Transit- und Verbraucherländer müssen an einen Tisch. Dafür brauchen wir durchsetzungskräftige Organisationen. Die Internationale Energie-Agentur (IEA) wird von westlichen Industrieländern dominiert. Ziel muss sein, die IEA zu einer Organisation umzubauen, die die Energiebelange aller Staaten zusammenführt und auch armen Ländern, die besonders unter der Ressourcenkrise leiden, eine Stimme gibt. Das wird nur gelingen, wenn die EU auf allen Ebenen ihr ganzes politisches Gewicht dafür in die Waagschale legt. Der in der „Zweiten strategischen Analyse der Energiepolitik“ betonte Dialog der EU mit den OPEC-Staaten kann dafür mit den Weg bereiten, reicht aber nicht aus. Die Europäische Energiecharta bringt in ihrer aktuellen Ausgestaltung vor allem Verbraucherländer zusammen. Auch in

deren Interesse müssen wir neue Wege finden, die Liefer- und Transitländer in die Energiecharta wirksam einzubeziehen.

Statt zukunftsfähige neue Energietechnologien und Energieeffizienz voranzutreiben verirrt sich die EU in nuklearen Planspielen. Beispiel ist der unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft vorbereitete reguläre Dialog der EU mit Brasilien und die Verlängerung des deutsch-brasilianischen Atomvertrags im Mai 2008. Atomkraft ist für den Energiemix Brasiliens vollkommen unbedeutend. Unter dem Deckmantel von Energieversorgungssicherheit feuern solche Verträge die nukleare Proliferation an und konterkarieren sonstiges Engagement gegen Atomkraft.

Unsere Abhängigkeit von Öl, Gas und Uran ist weltweit für verheerende Umweltzerstörung und soziale Missstände verantwortlich. Die Gier nach Rohstoffen bedroht den artenreichsten Regenwald im Amazonas und die Lebensräume der indigenen Völker. In Russland und der ehemaligen Sowjetunion hat die Öl-, Gas- und Uranförderung ganze Landstriche verwüstet. 15 Prozent der Fläche Russlands sind ökologisches Notstandsgebiet, mehr als eine Million Quadratkilometer sind radioaktiv verseucht und die Zerstörungen gehen – wie auf Sachalin oder in Westsibirien – weiter. Nur eine globale Energiewende kann Umwelt und Menschen auf diesem Planeten schützen. Die EU muss sich endlich für Nachhaltigkeitsstandards für fossile Energien einsetzen, die schlimmste Schäden und Katastrophen vermeiden helfen.

Es ist paradox: Ressourcenreichtum erweist sich immer wieder als Ressourcenfluch: Öl, Gas und Uran sind Konfliktrohstoffe. Mit steigenden Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft wächst in vielen Staaten auch die Armut. In Staaten wie Nigeria, Tschad, Sudan, Ecuador, Peru oder Turkmenistan hat der Ressourcenreichtum statt Wohlstand für alle nur Korruption, Demokratiedefizite, Schulden, Ausbeutung und Umweltzerstörung gefördert. Hat ein Land Öl, Gas oder Uran zu bieten, legt auch die EU mit ihrer aktuellen Politik andere Maßstäbe bei Demokratie und Menschenrechten an. Auch da muss die EU umsteuern und eine verantwortliche Energieaußenpolitik betreiben im Dienste von guter Regierungsführung, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Die EU muss endlich Instrumente wie die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) unterstützen. Nur durch Transparenz und Kontrolle kann gewährleistet werden, dass die Einnahmen aus dem Rohstoffbereich für nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden. Parallel muss die Bevölkerung unterstützt und befähigt werden, Kontrolle auszuüben.